

# Suhrkamp Verlag

## Leseprobe



Dobb, Maurice  
**Organisierter Kapitalismus**

Fünf Beiträge zur politischen Ökonomie. Aus dem Englischen übersetzt von Gert Schäfer

© Suhrkamp Verlag  
edition suhrkamp 166  
978-3-518-10166-7

# edition suhrkamp

Redaktion: Günther Busch

Maurice Dobb, geboren 1900 in London, lehrt heute Wirtschaftswissenschaften an der Universität in Cambridge. Wichtige Werke: *Political Economy and Capitalism* 1937; *Studies in the Development of Capitalism* 1946; *On Economic Theory and Socialism* 1955; *An Essay on Economic Growth and Planning* 1960.

Exakte und zugleich theoretisch fundierte Darstellungen des Kapitalismus, insbesondere seiner jüngsten Entwicklung, gibt es nicht viele, und unter den wenigen, die die neuere soziologische und ökonomische Methode geprägt haben, stehen die Schriften von Maurice Dobb mit an erster Stelle. In Deutschland kennt man seine Bücher so gut wie nicht. Das ist um so bedauerlicher, als Dobbs Forschungen vor allem im anglo-amerikanischen Bereich einen ständig wachsenden Einfluß auf die Sozialwissenschaft nehmen. Ausgehend von der Erkenntnis, daß die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Momente des historischen Geschehens nicht getrennt untersucht werden können, hat er im Lauf der letzten zwanzig Jahre wiederholt detaillierte Analysen des modernen, »organisierten« Kapitalismus und dessen »Lebensbedingungen« angestellt. Unser Band vereinigt einige dieser Arbeiten.

»Dobb ist ein Skeptiker. Seine Untersuchungen beruhen auf genauer Kenntnis der wirtschaftlichen und geschichtlichen Tatsachen. Er läßt sich nichts vormachen, und seine Bücher haben sowohl unsere Soziologie wie unsere Nationalökonomie beeinflußt.«

*Professor Paul A. Baran, Economic Journal*

Maurice Dobb  
Organisierter Kapitalismus  
Fünf Beiträge  
zur politischen Ökonomie

Suhrkamp Verlag

Aus dem Englischen übersetzt von Gert Schäfer

2. Auflage 2015

Erste Auflage 1966

edition suhrkamp 166

Copyright der in dem Band

*On Economic Theory and Socialism* enthalte-  
nen Aufsätze by Routledge & Kegan Paul Ltd.,

London 1955; Copyright des Aufsatzes

*Der Kapitalismus zwischen den Kriegen* by Maurice Dobb,  
1963. © der deutschen Ausgabe: Suhrkamp Verlag,

Frankfurt am Main 1966.

Deutsche Erstausgabe. Printed in Germany.

© Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1966

Suhrkamp Taschenbuch Verlag

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung,  
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung  
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form  
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)

ohne schriftliche Genehmigung des Verlages  
reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme  
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Printed in Germany

Umschlag gestaltet nach einem Konzept

von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt

ISBN 978-3-518-10166-7

# Inhalt

- 7 Die Ökonomen und die Ökonomie des Sozialismus
- 19 Über einige Tendenzen der modernen ökonomischen Theorie
- 41 Vollbeschäftigung und Kapitalismus
- 58 Der historische Materialismus und die Rolle des ökonomischen Faktors
- 74 Der Kapitalismus zwischen den Kriegen



## Die Ökonomen und die Ökonomie des Sozialismus

Der Gegenstand, den Oskar Lange in seinem Buch *Die Wirtschaftstheorie des Sozialismus*<sup>1</sup> untersucht, ist sehr viel enger gefaßt, als der Titel es vermuten läßt. Lange analysiert das Problem der Preisfestsetzung oder der Wirtschaftsrechnung im Sozialismus. Allein die Tatsache, daß dieses Thema als »Wirtschaftsproblem« bezeichnet werden konnte, ist ein gutes Beispiel der modernen Einengung ökonomischer Forschung auf den Bereich des Marktes (die Produktion und die Produktionsverhältnisse werden in den Hintergrund verwiesen). Viele Ökonomen halten die Preisbildung bzw. die Wirtschaftsrechnung für das Problem des Sozialismus par excellence, und seiner Lösung legen sie eine überaus große Bedeutung bei. Dem Nichtökonomem jedoch erscheint diese Kontroverse – was nicht weiter verwunderlich ist – ziemlich belanglos: ein Pseudo-Streit, hervorgerufen von den Begriffen, welche die Wirtschaftswissenschaftler zu benutzen gewohnt sind.

Sind die Zweifel des Nichtfachmanns berechtigt? Stellt die ganze Angelegenheit, über die Oskar Lange so sorgfältig und so geschickt schreibt, tatsächlich ein Scheinproblem dar, das in der Realität kein Gegenstück besitzt? Wird die Frage in solch extremer Weise formuliert, dann ist die Erledigung des Gegenstands, auf die der Skeptiker ausgeht, offenkundig falsch. Eine gewisse Schwierigkeit der Wirtschaftsrechnung und der Verteilung der Produktivkräfte auf die verschiedenen Verwendungszwecke besteht eindeutig auch in der sozialistischen Wirtschaft; auf ihre Existenz ist von führenden

<sup>1</sup> *The Economic Theory of Socialism*, by Oskar Lange and Fred. M. Taylor (University of Minnesota Press and Oxford University Press).

sozialistischen Theoretikern wiederholt hingewiesen worden, wie Lange mit einschlägigen Zitaten zeigt. (Marx sprach von der »Notwendigkeit der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit in bestimmten Proportionen, die durchaus nicht durch die *bestimmte Form* der gesellschaftlichen Produktion aufgehoben wird, sondern nur ihre *Erscheinungsweise* verändern kann«; und von Engels stammt die Bemerkung: »Die Nutzeffekte der verschiedenen Gebrauchsgegenstände, abgewogen untereinander und gegenüber den zu ihrer Herstellung nötigen Arbeitsmengen werden den Plan schließlich bestimmen.«) Mit Recht läßt sich allerdings sagen, daß dieses ganze Problem zeitweise übertrieben wichtig genommen worden ist: durch die außerordentlich abstrakte Fragestellung der Ökonomen nahm es einen Grad der Kompliziertheit an, der eher verzerrte als klärte.

In der ersten Phase der Diskussion ging es im wesentlichen um einen rein praktischen Punkt: ist die Existenz eines Marktes nicht nur für Konsumgüter, sondern auch für Produktionsgüter (Maschinen, Rohstoffe usw.) eine entscheidende Voraussetzung jeder ökonomischen Kalkulation? Die Kritiker des Sozialismus (in erster Linie Mises in Wien, später auch Hayek und Robbins in London) behaupteten, dies sei der Fall. Auf dem Markt übertrage das Spiel von Konsumentennachfrage und Knappheit einzelner Produktivkräfte bestimmte relative Werte auf Waren und Produktionsfaktoren, und gerade diese vom Markt übermittelten Werte bildeten das ökonomische Kriterium dafür, was zu produzieren wirtschaftlich und was eine »wirtschaftlichere« im Vergleich zu einer minder »wirtschaftlichen« Produktionsmethode sei. Ohne den Markt bestehe kein solches Kriterium (zum Unterschied von technischen Kriterien): die Grundlage der Rationalität von Wirtschaftsentscheidungen – der Bewertungsmaßstab – gehe verloren, und die Entscheidungen gerieten willkürlich. Da es im Sozialismus keinen Markt geben könne – jedenfalls keinen Markt, auf dem die Werte durch das Spiel

des Wettbewerbsangebots festgelegt werden – sei der Sozialismus *ex natura* irrational, wenn nicht überhaupt als funktionierendes System unmöglich.

Sozialistische Ökonomen (zum Beispiel H. D. Dickinson) griffen diese Einwendungen auf und übernahmen zunächst die theoretischen Basis der Mises'schen Argumentation. Sie stimmten damit überein, daß einzig der Markt jenes Bewertungssystem liefern könne, auf das die Wirtschaftsrechnung sich stützen muß. Was sie leugneten, war die Unvereinbarkeit von Marktsystem und Sozialismus. Ohne Frage kann und soll ein Markt für Konsumgüter (das heißt ein Einzelhandelsmarkt) wenigstens in der, wie Marx sie nannte, »ersten Periode des Sozialismus« vorhanden sein. Zur Diskussion stand indes ein Markt für Halbfertiggüter und Produktionsfaktoren – für Rohstoffe und Maschinen, für Kapital und Boden. Dickinsons Beweisführung ließ erkennen, daß ein solcher Markt im Sozialismus durchaus möglich ist und daß es ihn geben kann (wie es ihn in begrenztem Umfang in der UdSSR unter der NEP bereits gegeben hat). Es sei dazu lediglich notwendig, daß die Leitung der Industriezweige oder der Industriesektoren (z. B. der staatlichen Trusts) finanziell unabhängig würde, daß diese ihre Produkte zu beweglichen Preisen unter gewöhnlichen Marktbedingungen voneinander kauften und in diesem Prozeß miteinander konkurrierten. Die staatliche Industrie könne »den Wettbewerb spielen«; das sei ein Mittel, den Markt und die Marktwertsetzung am Leben zu erhalten. Die Staatsbank könne zu konkurrenzmäßigen Sätzen Kredite gewähren (kurzfristige so gut wie langfristige) und jedem Industriezweig die Möglichkeit geben, soviel Kredit aufzunehmen, wie er bei den geltenden Zinssätzen und den Durchschnittspreisen seiner Produkte nach seiner Kalkulation vorteilhaft verwenden mag. Nach der Aufhebung des monopolistischen Profitmotivs und der dem Kapitalismus eigentümlichen Einkommens-Ungleichheiten werde die Verteilung der Produktivkräfte weit ratio-

naler (und keineswegs weniger rational) sein als im Kapitalismus. Die Marktwert-Ermittlung wäre dann nicht länger verzerrt, wie heute, und würde zu einem zuverlässigeren Kriterium des gesellschaftlichen Nutzens werden.

Von diesem Argument läßt sich sagen, daß es in dem Zusammenhang der Debatte zwischen professionellen Ökonomen wichtig war als Widerlegung der von der Mises-Schule vorgetragenen These, Sozialismus sei *a priori* unmöglich. Da aber dieses Argument, die Notwendigkeit eines Konkurrenzmarktes zugestehend, sich auf einen gemeinsamen Boden mit jener Schule begab, widerlegte es die gegnerische Beweisführung nur, indem es seine eigene, modifizierte an deren Stelle setzte: nämlich den kategorischen Imperativ für eine sozialistische Wirtschaft, sich dieses besonderen Mechanismus zu bedienen. Wenn freilich dieser Mechanismus unentbehrlich ist, wird der Planung eine ernste Beschränkung auferlegt. In einem solchen Falle bestünde die Planung in nicht viel mehr als darin, den Gesamtbetrag der Investitionen für jedes Jahr festzulegen; über die Verteilung des Kapitals auf die verschiedenen Industriezweige und noch mehr über seine Nutzung bestimmte das Vergabeverfahren der industriellen Verwaltung. Ein beträchtlicher Teil der Unsicherheit, die für ein System der »Produktionsanarchie« charakteristisch ist (und die der Zersplitterung der Entscheidungen und dem Wettbewerb entspringen), bliebe demnach erhalten, und mit ihm die Möglichkeit ähnlicher Mißverhältnisse, wie sie heute bestehen (zum Beispiel zwischen der Nachfrage nach Investitionsgütern, die vom gesamten Investitionsvolumen abhängt, und der Nachfrage nach Konsumgütern, die mit der Höhe der gesamten Lohnsumme zusammenhängt). Stellten derlei Mißverhältnisse sich ein, so könnten sie natürlich nachträglich durch Korrekturen auf Anordnung der Planer behoben werden, allerdings nur mittels Korrekturen, die aufgrund verpflichtender Planungsentscheidungen vorgenommen würden und die die dezentralisierte Autonomie, die Haupt-

stütze des Wettbewerbs, durchbrächen. Außerdem könnte es geschehen, daß Erfordernisse der Koordinierung der verschiedenen Wirtschaftsbereiche sehr bald erhebliche zentralisierte Eingriffe in diese Autonomie nach sich zögen. Damit wäre zu rechnen vor allem in Epochen raschen industriellen Wandels, insbesondere dann, wenn es gilt, die hohe Investitionsrate zu halten, wie im Ersten und Zweiten Fünfjahres-Plan. Wahrscheinlich wird in jedem Land, das den Sozialismus wählt, für mehrere Jahrzehnte das vorherrschende politische Motiv darin bestehen, eine ungewöhnlich hohe Investitionsrate zu erzielen, um die Produktivität der Wirtschaft in möglichst kurzer Zeit zu steigern.

Denjenigen, die einen Markt für Halbfertigwaren und Kapital für unerlässlich erachten, hätte eine gute Antwort erteilt werden können; sie ist, merkwürdigerweise, kaum jemandem eingefallen. Nach deren eigener Darstellung sind die Preise derartiger Güter abzuleiten von den Preisen der Fertigprodukte, zu deren Erzeugung die ersteren beitragen. Wenn es also einen Einzelhandelsmarkt gibt, wozu braucht man dann noch einen Markt für Halbfertigprodukte? Wenn die Halbfertigprodukte doch nur durch einen umständlichen Prozeß der Zurechnung einen Preis erhalten können, nachdem sie auf eine bestimmte Weise verteilt worden sind, warum sie dann nicht nach dem Grundsatz verteilen, sie dorthin zu lenken, wo ihre Produktivität (im Grenzbereich) am größten ist, also ohne die zusätzliche Komplikation der Preisbildung? Ein Einwand, den man vorgebracht hat, um diese Lösung zu verwerfen, war die angebliche Komplexität der damit verbundenen Entscheidungen. Es hat mich diese These niemals überzeugen können, die unterstellt, jene Komplexität sei wirklich so ungemein und unauflöslich, wie immer wieder gesagt wird, wofern nur ein Spielraum dezentralisierter, *besonderer* Entscheidungen innerhalb der von einem *allgemeinen* Plan gesteckten Grenzen gewahrt wird (wie das

anscheinend in der Sowjetunion der Fall ist). Ein Grund, warum die Schwierigkeit des Problems so offensichtlich übertrieben wurde, mag darin zu suchen sein, daß man es fast immer nur abstrakt dargestellt hat, als müßten alle Entscheidungen *de novo* getroffen werden, während tatsächlich Entscheidungen über die Verteilung der Produktivkräfte stets nur die *Richtung* betreffen, in der eine Situation verändert werden soll, und das Kriterium des Wechsels von einer Position niedriger zu einer höherer Produktivität in jeder Lage ausreichte, die Richtung anzugeben, in der die Bewegung verlaufen soll. Mit anderen Worten: das Maximumprinzip würde direkt statt mittelbar angewandt. Selbst wenn diese Methode Schwierigkeiten einschloße, so gewiß geringere, als jene es sind, die sich aus dem nichtkoordinierten Charakter der Entscheidungen unter einem »Marktsystem« ergeben.

An Oskar Langes Arbeit ist bedeutsam, daß sie einen Schritt weiter tut und nicht allein die Schlußfolgerungen der Mises'schen Argumentation, sondern auch einen Teil ihrer Voraussetzungen widerlegt. Zuvor hatte stillschweigende Übereinstimmung darüber geherrscht, daß ein Markt vorhanden sein muß, um die Preise zu bilden (wenn die Dinge nun einmal einen Preis haben müssen). Diese Annahme zerstört Lange (wenigstens insoweit, als es sich um Halbfertiggüter und Kapital handelt). Er kommt zu dem Ergebnis, daß die Preise, die der ökonomischen Kalkulation zugrunde liegen, nicht mehr als reine »Rechnungspreise« sein müssen; diese brauchen keinen Markt, um festgesetzt zu werden, und sie bedürfen auch keines Tauschakts, um sich darzustellen. Sie treten lediglich in den Büchern der Rechnungsführer auf; man kann sie in »trial-and-error-Prozessen« ermitteln, durch Probieren und Korrigieren. Dabei, schreibt Lange, gelte das einfache Prinzip, wonach die Rechnungspreise aller Dinge, von denen es in einem bestimmten Augenblick einen Überschuß gibt, gesenkt, und jene Dinge, bei denen ein Defizit

herrscht, im Preis erhöht werden sollten. Die Preisverschiebung kann andauern, bis das fragliche Ding weder im Überfluß noch als Mangelware angeboten wird, sondern das laufende Angebot und die laufende Nachfrage sich genau die Waage halten. Dann ist der korrekte oder »Gleichgewichts«-Preis erreicht.

Demzufolge lassen sich zwei einfache Regeln ausmachen, an denen sich das Verhalten der Industrieleiter orientieren sollte:

1. Vor die Wahl zwischen mehreren industriellen Methoden gestellt, hätten sie diejenige Methode anzuwenden, die auf der Grundlage der bestehenden Rechnungspreise die niedrigsten Durchschnittskosten nach sich zieht.

2. Sie hätten das Produktionsvolumen so festzulegen, daß auf der Grundlage des gegebenen Rechnungspreises »die Grenzkosten gleich dem Preis des Produkts sind«. Es wird behauptet, ein solches Verfahren habe nicht nur den Vorzug der Einfachheit, sondern biete auch den Vorteil, daß die Rechnungspreise, aufgrund derer die Industrieleitung Schätzungen vornimmt und Entschlüsse faßt, nicht das geringste mit den tatsächlichen Zahlungen an den Betrieb oder des Betriebs (zum Beispiel auf sein Konto bei der Staatsbank) zu schaffen hätten. Und sie hätten auch nichts damit zu schaffen, ob die Gesamtheit der Operationen eines Betriebs einen Gewinn oder einen Verlust erbringt. Die Geschäftsbücher und die Finanzbücher könnten, falls notwendig, getrennt voneinander geführt werden.<sup>2</sup>

Diese scharfsinnige Lösung, die Lange mit Überzeugungskraft und Klarheit entwickelt, war schon zehn Jahre zuvor von dem inzwischen verstorbenen F. M. Taylor angedeutet worden, hatte jedoch damals nur geringe Beachtung gefunden. Des-

<sup>2</sup> Die Möglichkeit einer solchen Trennung ist vorher von Dickinson (dem Lange anscheinend wenig Beachtung schenkt) angedeutet, jedoch nicht entfaltet worden.

wegen stellt Lange den alten Aufsatz Taylors seinen eigenen ausführlicheren Darlegungen voran.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieser Vorschlag eines möglichen Rechnungsverfahrens in einer sozialistischen Wirtschaft ernsthafte Erwägung verdient. Ob er praktisch anwendbar ist oder nicht, kann nur die Erfahrung zeigen; bevor solche Erfahrungen nicht gemacht worden sind, scheint eine allgemeine Auskunft wenig sinnvoll, ja unmöglich zu sein. Andererseits liegt kein triftiger Grund vor anzunehmen, diese Lösung müsse notwendigerweise und in jedem Fall akzeptiert werden und gehe, wie Mises für seine These vorgegeben hat, zwingend aus der »Natur des ökonomischen Problems« hervor. (Lange sagt dergleichen an keiner Stelle seines Buches; es wird nicht klar, ob er eine solche Schlußfolgerung im Sinn hat oder nicht.) Indessen setzt sich ein solches Interpretationsschema dem Einwurf aus, eine mangelhafte Koordinierung zwischen den verschiedenen Entscheidungen, die gleichzeitig von verschiedenen Teilen des Wirtschaftssystems getroffen werden, einzuschließen (wo doch Koordinierung das oberste Ziel einer zentralisierten Planung ist). Sicherlich könnte die Zentralbehörde rasch jedes Mißverhältnis berichtigen, das aus den entsprechenden Veränderungen der Rechnungspreise sich ergeben hat; aber sie könnte derlei Berichtigungen nur nachträglich und an bereits getroffenen Entscheidungen, die sich als falsch herausgestellt haben, vornehmen (zum Beispiel an Entscheidungen, dieses oder jenes Bauvorhaben zu verwirklichen); wofern es sich um Investitionen in dauerhaften Anlagen handelt, mag es dann freilich geschehen, daß die zuvor getroffenen Entscheidungen die Industrie bereits viel zu nachdrücklich und in zu großem Umfang gebunden haben, um durch den korrigierenden Einfluß veränderter Rechnungspreise noch irgendwelche Angleichungen, womöglich schnelle, bewirken zu können. Schließlich kann man diese Preise nicht jeden Monat ändern, wenn man nicht die Gefahr laufen will, daß kein Industrieleiter

mehr Entscheidungen zu fällen wagt. So lassen sich also durchaus Schwankungen von Über- und Unterinvestition vorstellen, aus denen sich Schwankungen der Rechnungspreise ganz ähnlich den Fluktuationen unter dem Kapitalismus entwickeln. Ein bedeutender, von der Planwirtschaft zu erwartender Fortschritt besteht jedoch darin, daß sie ihre Investitionen mit weit mehr Voraussicht zu planen vermag; das setzt allerdings eine zentrale Steuerung nicht nur der Gesamtbeträge der Investition, sondern auch der Art und Richtung der Investition voraus. Keine Abstufung der Zinssätze für Kredite mit unterschiedlicher Laufzeit könnte, nach Langes Entwurf, eine solche Wirkung haben; denn die »richtige« Investitionspolitik für die nächsten fünf oder sieben Jahre hängt von der Investitionspolitik der nächsten zwölf Monate und der ganzen dazwischen liegenden Periode ab, und umgekehrt. In Langes Plan fungieren diese Faktoren, auf denen die Entscheidungen gründen, als Unbekannte. Es scheint in der Tat falsch zu sein, vom Rechnungspreis für Kapital als einem »trial-and-error-Preis« zu reden, weil die Ereignisse, die ihn auf die Probe stellen sollen, stets in der Zukunft liegen. Eine (von mir an anderer Stelle befürwortete) alternative Methode, der zufolge die langfristige Investition (Bautätigkeit und ausgedehnte Anlagenerneuerung) »eigenmächtig« durch einen zentralen Plan bestimmt und die laufenden Betriebskosten ausschließlich in Arbeitseinheiten bewertet werden, kommt mir vernünftiger vor; sie stellt einen zweckmäßigen Kompromiß dar zwischen den rivalisierenden Vorzügen von Zentralisierung und Dezentralisierung. Es sieht so aus, als habe sie in der Sowjetunion Anwendung gefunden: ein Umstand, der dieser Methode etwas von empirischer Stichhaltigkeit verleiht.

Aber technische Fragen der Wirtschaftsrechnung auf diese Weise abstrakt zu diskutieren, als bildeten sie das ökonomische Problem des Sozialismus par excellence, heißt das

Wesen der Sache verkennen. Ohne Zweifel hat die jüngste Debatte das Problem in eine gänzlich falsche Perspektive gerückt. Daß dies passieren konnte, ist das Resultat einer Einengung der Forschung auf Fragen der Tauschbeziehungen, und zwar auf Tauschbeziehungen als die Widerspiegelung der Mentalität der Konsumenten; eine Einengung, für die nicht zuletzt die Wirtschaftswissenschaft des letzten halben Jahrhunderts verantwortlich zeichnet. Es müßte endlich Klarheit darüber herrschen, daß das Problem des Sozialismus in erster Linie eines der *Produktion* ist; die hauptsächlichen Energien einer sozialistischen Wirtschaft werden sich darauf richten, 1. die Produktivkraft der Arbeit zu erhöhen durch Planung in einem bislang unbekanntem Ausmaß; 2. die Produktion zu rationalisieren durch stärkere Standardisierung sowohl der Produkte als auch der Ausrüstungen; 3. die gewaltige Vergeudung von Produktivkräften zu vermeiden, die im Kapitalismus in Gestalt wiederkehrender Krisen und der Neigung zu unvollständiger Auslastung der Kapazität des Produktionsapparats sich kundgibt. Auf diesem Wege vermag eine sozialistische Wirtschaft ihre größten Erfolge einzuheimen.

Lange scheint dies einzuräumen, wenn er vom »Argument der Ökonomen zugunsten des Sozialismus« spricht. Den Möglichkeiten, die Produktivkraft zu steigern und ein Gleichgewicht zwischen der Produktion von Kapitalgütern und Konsumgütern zu schaffen (das, wie Lange zugibt, auf »eigenmächtigen« Entscheidungen beruht), gebührt der Vorrang vor den Möglichkeiten einer theoretisch vollkommenen Justierung der Produktion verschiedener Arten von Konsumgütern. Im übrigen kann sich dies letztere Problem sehr bald nicht nur als zweitrangig, sondern als durchaus untergeordnet herausstellen. Selbst in den Ländern Westeuropas und in Amerika werden die ersten Jahre einer sozialistischen Wirtschaft ausgefüllt sein mit der Abschaffung der Armut – mit der Vergrößerung des Angebots an Grundbedarfsgütern. Die Schwie-

rigkeit, wie das Angebot der Nachfrage angepaßt werden kann, erhebt sich hier nicht. Zu entscheiden, in welchen Mengen Wohnungen, Schuhe und Brot anzubieten sind, um den Wohlstand zu mehren, erfordert keine komplizierte »Konsumentenabstimmung«. Wenn dieses erste Stadium einmal vorüber sein und der allgemeine Lebensstandard, sagen wir, denjenigen einer durchschnittlichen Familie der sozialen Mittelschicht, der unteren Bourgeoisie, erreicht haben wird, wird sich die Industrie in wachsendem Maß mit der Lieferung von Luxusprodukten befassen müssen; dann wird die subtilere Anpassung des Sortiments an Geschmack und Vorlieben eine wichtige Rolle spielen. Aber gleichzeitig wird am anderen Ende der Skala das Problem der Knappheit selbst in dem Grade verschwinden, in dem in mehreren Bereichen die Bedürfnisse befriedigt sind und Sättigung sich einstellt. Nach Aufhebung der konkurrenzbedingten Vielfältigkeit des Sortiments und des herkömmlichen Konsumzwangs, die beide Merkmale der Klassengesellschaft sind, kann eine solche Sättigung nicht allein bei Bedarfsgütern, sondern gleichermaßen bei Luxusgütern minderen Bedarfs rascher erreicht werden, als wir gemeinhin unterstellen.

Langes Abhandlung schließt mit einigen interessanten, wiewohl kurzen Bemerkungen zur »Politik der Übergangszeit«. Er nennt ein paar ökonomische Gründe dafür, warum der Übergang in den Sozialismus nicht in einem Prozeß der »allmählichen Entwicklung« (gradualism) erfolgen kann; warum eine »sozialistische Regierung, die wirklich den Sozialismus zu errichten beabsichtigt, sich dazu entschließen muß, ihr Sozialisierungsprogramm mit einem Schlag zu realisieren oder es ganz und gar aufgeben muß«; und warum »die einzige Wirtschaftspolitik, die (ein Ökonom) einer sozialistischen Regierung als aussichtsreich empfehlen kann, die Politik des revolutionären Mutes« sei. Zugleich weist er auf den Wert, ja sogar auf die Notwendigkeit eines »Arbeitsbeschaffungs-

Plans« zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Depression hin als auf den Weg, den eine sozialistische Regierung (eine Volksfront erwähnt er nicht) vor der vollständigen Sozialisierung zu beschreiten habe. Auf diese Weise könne sich die Regierung der Unterstützung der Massen versichern und ihre eigene Position stärken. »Somit kann sich ein Arbeitsbeschaffungs-Plan oder eine Serie von derartigen Plänen als ein wichtiges Bindeglied in der Evolution erweisen, die schließlich eine antikapitalistische Bewegung bewirken und die völlige Umordnung des wirtschaftlichen und sozialen Systems erzwingen wird.« Als Warnung fügt Lange hinzu: »Selbst eine sozialistische Regierung, deren Ziele sich im Rahmen eines solchen Arbeitsbeschaffungs-Plans halten, benötigt Mut und Entschlußkraft, um ihr Programm zu verwirklichen; andernfalls verkommt sie zum bloßen Administrator der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft.«

## Über einige Tendenzen der modernen ökonomischen Theorie

Es ist ziemlich aussichtslos, den gegenwärtigen Stand der ökonomischen Theorie mit ein paar Sätzen wiedergeben zu wollen; zu zahlreich und zu vielfältig waren und sind die neuen Tendenzen. Alles, was sich in einigen wenigen Worten darüber sagen läßt, ist, daß eine Kontroverse, von der man vor zwanzig Jahren angenommen hatte, sie wäre beigelegt (in jenen anerkannten »allgemeinen Denkprinzipien«, bei denen »wichtige Verbesserungen selten werden«, auf die Lord Keynes in den frühen Zwanzigern hingewiesen hat) – daß diese Kontroverse im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte sich aufs neue entzündet und sich über viele Gebiete der Forschung ausgebreitet hat. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte auf den akademischen Wirtschaftswissenschaften eine Orthodoxie gelastet, die nicht weniger streng erschien als die John Stuart Mill-Orthodoxie, von der England in der Periode vor der so genannten »Jevonian Revolution« beherrscht worden war. Daß die Auseinandersetzung im Gefolge der Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre wieder auflebte, kann schwerlich ein Zufall gewesen sein: in ihrem Mittelpunkt stand die Untersuchung der Grundlagen der Nationalökonomie. Bislang für selbstverständlich gehaltene und als unantastbar überlieferte Vorstellungen wurden jetzt in Frage gestellt. Einige Wissenschaftler erblickten darin eine Gelegenheit, die alten Grundlagen zu rekonstruieren und – gestützt auf erprobtes Material – ihnen eine verbesserte, moderne Gestalt zu geben. Andere betrachteten den Streit als Ausdruck einer tiefen Krise der ökonomischen Theorie selbst, aus der, wie sie glaubten, die dauerhaften und die beschädigten Bestandteile der herkömmlichen Doktrin als ein konsistentes Ganzes nicht wieder erstehen würden.

Zu den folgenschweren Neuheiten auf dem Feld der ökonomischen Analyse sind vor allem zwei zu zählen: die Umformung der Preistheorie in den Begriff des Monopols, der an die Stelle der traditionellen Annahme eines vollkommenen Wettbewerbs trat; und die Konzentration auf eine theoretische Ergründung derjenigen ökonomischen Kräfte, die den Verlauf der Wirtschaftstätigkeit eines Systems insgesamt bestimmen (im Unterschied zur Theorie der relativen Preise) – was zu der Folgerung führte, auch bei wechselnder Beschäftigungsquote oder Anlagen-Kapazität sei Gleichgewicht möglich. Eng damit einher gingen zahlreiche Studien zum Problem wirtschaftlicher Fluktuation (makrodynamische Studien), die die Phasen der Marktanpassung und die Bewegungen verschiedener Serien wirtschaftlicher Mengen beschrieben. Das so genannte »cobweb-Theorem« zum Beispiel, Prototyp vieler dieser Untersuchungen, befaßte sich mit den Bedingungen, unter denen Preis und Ausstoß, anstatt rasch auf einer Position stabilen Gleichgewichts zusammenzufallen, weit um eine solche Lage zu schwanken vermögen. Mit anderen Worten: der Begriff eines stabilen Gleichgewichts wurde selber in Frage gestellt.

Es war ein Ergebnis dieser Versuche, daß man die Ausgangsbasis, auf der die ökonomische Theorie im 19. Jahrhundert als eine sorgfältig ausgearbeitete Apologetik des Kapitalismus beruht hatte, verließ und preisgab; damals war der Kapitalismus als ein sich selbst regulierender Mechanismus dargestellt worden, der – von wenigen Ausnahmen abgesehen – die bestmögliche Verteilung der Produktionsmittel auf die vielfältigen Verwendungszwecke gewährleiste. Wo der Wettbewerb unvollkommen ist oder Monopolisierung stattfindet, gilt jedoch keine der Gleichgewichtspositionen mehr, von denen in der traditionellen Lehre die Rede ist. Die Betriebe befinden sich dann nicht in der wirtschaftlichsten Größe, und sogar dort, wo die Preise mit den Kosten übereinstimmen, sind die Kosten deswegen nicht geringer geworden. Die